Entscheidung
In dem Parteiordnungsverfahren
11/1991/P

auf Antrag des SPD-Bezirks M., vertr. durch die Vorsitzende B.

- Antragsteller und Berufungsgegner -

gegen

L.

- Antragsgegnerin und Berufungsführerin -

Beistand: RA B.

Beigeladen:

1. SPD-Ortsverein E., vertr. durch den Vorsitzenden R.
2. SPD-Unterbezirk R., vertr. durch den Vorsitzenden G.

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung am 24. April 1992 in Schwerin durch

Dr. Diether Posser, Vorsitzender,
Hannelore Kohl, Stellvertretende Vorsitzende,
Dr. Claus Arndt, Stellvertretender Vorsitzender,

beschlossen:

Die Berufung der Antragsgegnerin gegen die Entscheidung der Bezirksschiedskommission des SPD-Bezirks M. vom 29. September 1991 wird zurückgewiesen.

Die Antragsgegnerin ist nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Gründe:

I. Die am xx geborene Antragsgegnerin war seit August 19xx Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

In seiner Sitzung am 19. April 1991 ordnete der Bezirksvorstand des SPD-Bezirks M. gemäß § 18 Abs. 1 Schiedsordnung das Ruhen aller Rechte der Antragsgegnerin aus der Mitgliedschaft in der SPD an. Zur Begründung wurde auf einen entsprechenden Antrag des SPD-Unterbezirks R. verwiesen; danach hatte sich die Antragsgegnerin am 5. Februar 1991 für die im Rat der Gemeinde E. gebildete "Fraktion Soziale Demokraten" - bestehend aus sechs Ratsmitgliedern und mehreren Sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern, die teilweise der SPD noch angehörten - als Sachkundige Bürgerin mit beratender Stimme in den Personalauschuß der Gemeinde E. wählen und auf ihr Amt verpflichten lassen. Die "Fraktion Soziale Demokraten" stehe im Rat der Gemeinde E. in Konkurrenz zur SPD-Fraktion und sei in der Öffentlichkeit gegen die SPD aktiv. Sie kritisiere in Pressemitteilungen die SPD heftig und habe in der Gemeinderatssitzung am 5. Februar 1991 gemeinsam mit der CDU-Mehrheitsfraktion und den Fraktionen der FDP und der GRÜNEN für den Haushaltsplan gestimmt, den die SPD-Fraktion abgelehnt habe. Die Antragsgegnerin habe sich ferner der von einem anderen Parteimitglied, gegen das ebenfalls ein Parteiordnungsverfahren einzuleiten sei, in einem am 11. Februar 1991 veröffentlichten Leserbrief erhobenen parteischädigenden Kritik angeschlossen.

Da diese - der Antragsgegnerin am 25. April 1991 zugestellte - Anordnung gemäß § 19 Abs. 1 Schiedsordnung zugleich als Antrag auf Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens galt, berief die Bezirksschiedskommission für Freitag, den 20. September 1991, eine mündliche Verhandlung ein - zugleich auch für das Verfahren gegen weitere Mitglieder der "Fraktion Soziale Demokraten" (Verf. SK 2/91) -, zu der die Antragsgegnerin am 29. August 1991 geladen wurde. Bereits mit Beschluß vom 23. Juli 1991 hatte die Bezirksschiedskommission gemäß § 19 Abs. 3 Schiedsordnung die weitere Fortdauer der vom Bezirksvorstand am 19. April 1991 beschlossenen Sofortmaßnahme angeordnet.

Der Antragsteller nahm auf die zur Begründung der Sofortmaßnahme angeführten Umstände Bezug und beantragte,

die Antragsgegnerin aus der Partei auszuschließen.

Der beigeladene Ortsverein stellte, nachdem eine gütliche Einigung nicht zustande gekommen war, ebenfalls den Antrag,

die Antragsgegnerin aus der Partei auszuschließen,

und verwies zusätzlich darauf, daß der Vorsitzende der "Fraktion Soziale Demokraten" weiterhin öffentlich erkläre, daß er die Bildung einer kommunalen Wählervereinigung für sich als politisches Ziel anstrebe. Die "Fraktion Soziale Demokraten" schade fortlaufend den Interessen der SPD. Sie habe - anders als die SPD-Fraktion - dem Haushaltsplan zugestimmt und bei der Wahl des Beigeordneten den CDU-Kandidaten und nicht den der SPD unterstützt.

Der Beistand der Antragsgegnerin, die selbst bei der mündlichen Verhandlung nicht anwesend war, beantragte zunächst unter Hinweis darauf, daß über den Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 6 Abs. 4 Organisationsstatut noch nicht entschieden sei, die Vertagung der Sitzung, und in der Sache,

das Verfahren einzustellen.

Zur Begründung wurde angeführt, die Fraktionsgemeinschaft "Soziale Demokraten" ziele nicht darauf ab, bei den nächsten Kommunalwahlen mit eigenen Listenverbindungen oder als kommunale Wählervereinigung in Erscheinung zu treten. Die Antragsgegnerin fühle sich - wie alle anderen Mitglieder dieser Fraktion - den inhaltlichen, programmatischen Grundsätzen der Sozialdemokratie verpflichtet. Sie wollten durch ihre weitere Tätigkeit im Rat der Stadt die Wahlversprechen einlösen, die sie - wie die Partei insgesamt - gegenüber den Wählern abgegeben hätten.

Die Bezirksschiedskommission lehnte den Vertagungsantrag ab und entschied, daß die Antragsgegnerin aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen werde. In der - wohl versehentlich - auf den 29. September datierten Entscheidung ist zur Begründung dieser Maßnahme im wesentlichen ausgeführt, daß die Antragsgegnerin durch ihre Mitarbeit als Sachkundige Bürgerin für die "Fraktion Soziale Demokraten" im Rat der Stadt E. erheblich gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen habe, wodurch schwerer Schaden für die Partei entstanden sei. Der Grundsatz der Einheit und der Solidarität der Partei gebiete ausnahmslos, daß die Partei in den politischen Vertretungskörperschaften in Bund, Ländern und Kommunen durch eine einzige Fraktion repräsentiert werde. Hierin liege eine grundlegende Voraussetzung dafür, ihren politischen Willen in Staat und Gesellschaft wirksam werden zu lassen. Nur innerhalb dieses Rahmens lasse der demokratische und freiheitliche Charakter der Partei die Auseinandersetzung um Meinungen und Personalfragen - unter Respektierung der

programmatischen Grundsätze und der innerparteilichen Solidarität - in weitem Umfang zu. Hiergegen habe die Antragsgegnerin durch ihre Mitarbeit für eine Konkurrenzorganisation zur Ratsfraktion der SPD verstoßen. Ohne Belang sei, daß sie sich von subjektiv ehrenwerten Motiven leiten lasse. Auch wenn sie ihre Kritik an der Mehrheit im Ortsverein und in der Ratsfraktion noch so sehr als berechtigt empfinde, könne dies nicht rechtfertigen, daß sie aktiv an der Spaltung der Ratsfraktion mitgewirkt habe und weiter mitwirke. Auch bei derart zugespitzten politischen und persönlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei vor Ort müßten Mehrheitsentscheidungen - gegebenenfalls nach Überprüfung durch die dazu berufenen Stellen - respektiert und gewünschte Änderungen parteiintern angestrebt werden. Die Antragsgegnerin habe - wie auch die anderen Mitglieder der FSD - nicht einmal ernsthaft versucht, die Mittel der innerparteilichen Auseinandersetzung auszuschöpfen; so sei kein Wahlanfechtungsverfahren zur Überprüfung der Wahlen zum Ortsvereinsvorstand bei der Bezirksschiedskommission durchgeführt worden. Der schwere Schaden liege auf der Hand. Er bestehe nicht nur in dem Ansehens- und Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit, sondern auch in dem erheblich verminderten Einfluß der Partei auf die Entscheidungen im Rat der Stadt E.. Da die "Fraktion Soziale Demokraten" bisher nicht die Struktur einer politischen Wählervereinigung außerhalb des Gemeinderats aufweise und nicht mit Bestimmtheit das Ziel verfolge, bei der nächsten Kommunalwahl mit eigenen Wahlvorschlägen anzutreten, seien allerdings die Voraussetzungen nach § 6 Abs. 1, 4 Organisationsstatut hier nicht gegeben. Eine mildere Ordnungsmaßnahme - etwa ein Funktionsverbot - sei angesichts der Schwere des Verstoßes und des Schadens nicht in Betracht gekommen, zumal es wirkungslos bleibe, wenn die Antragsgegnerin ihre Mitarbeit bei der FSD nicht einstelle.

Gegen diese ihr am 25. Oktober durch Einschreiben mit Rückschein zugestellte Entscheidung hat die Antragsgegnerin mit am 7. November 1991 eingegangenem Schreiben Berufung eingelegt, die sie mit am 19. November 1991 eingegangenem Schriftsatz unter Vorlage ihres Mitgliedsbuches begründet hat. Die Bezirksschiedskommission habe die Grundsätze der Gewährung rechtlichen Gehörs und eines gerechten Verfahrens nicht gewahrt, weil das zur Erfassung und Bewertung der besonderen Situation in E. vorgelegte Aktenmaterial nicht ausreichend geprüft und ausgewertet worden sei. Es sei insbesondere nicht berücksichtigt worden, daß die die Auseinandersetzungen auslösenden Aktivitäten von Mitgliedern der SPD-Restfraktion zur Abwahl des Gemeindedirektors hinter dem Rücken des SPD-Ortsvereins und des damaligen Fraktionsvorstandes rechtswidrig gewesen seien, ebenso wie die unter Leitung des UB-Geschäftsführers durchgeführte Neuwahl des Fraktionsvorstandes. Bei der Neuwahl des Ortsvereinsvorstandes sei die Mitgliederversammlung durch den Unterbezirkvorsitzenden manipuliert worden. Dies sei der Anlaß dafür gewesen, die den Wählern versprochene SPD-Politik als "Soziale Demokraten" jedenfalls solange weiterzuführen, bis

eine befriedigende Lösung eine Rückkehr zur einheitlichen SPD-Fraktion in E. ermögliche.

Auch seien angebotene Beweise nicht erhoben worden. Sie hätten versucht, diese Übergangssituation durch eine Ausnahmegenehmigung nach § 6 Abs. 4 Satz 2 Organisationsstatut zu legalisieren. Versuche, die genannten Ungesetzlichkeiten intern zu bereinigen, seien durchaus gemacht worden, aber vergeblich. Sie selbst sei - ebenso wie ihr Mann, der langjährige Bürgermeister - nur deshalb auf die Seite der "Sozialen Demokraten" getreten, um in E. deutlich zu machen, daß es SPD- Genossen gebe, die den in der Öffentlichkeit stark kritisierten Kurs der SPD-Restfraktion nicht mitgehen und zu der früher in langen Jahren unter Beweis gestellten Solidität zurückkehren möchten. Im übrigen bedürfe es dringend eines Versuchs, doch noch zu einer gütlichen Einigung zu finden.

Dementsprechend hat die Bundesschiedskommission den Beteiligten in der mündlichen Verhandlung am 13. März 1992 in Bonn einen Vergleichsvorschlag unterbreitet; dieser wurde am 7. April 1992 in einer Sitzung unter Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission erörtert. Eine einvernehmliche Regelung kam jedoch nicht zustande.

Danach halten die Beteiligten an den früher gestellten Anträgen fest.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den gesamten Inhalt der Akten verwiesen, die Gegenstand der Verhandlung und Beratung waren.

II.

1. Die von der Antragsgegnerin und ihrem Beistand am 7. November 1991 eingelegte Berufung gegen die auf den 29. September 1991 datierte, aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 20. September 1991 ergangene und den Beteiligten am 25. Oktober 1991 zugestellte Entscheidung der Bezirksschiedskommission M. ist fristgerecht eingegangen und auch sonst zulässig; insbesondere ist sie mit dem am 19. November 1991 eingegangenen Schriftsatz unter Beifügung des Mitgliedsbuchs zusätzlich innerhalb der festgelegten Frist begründet worden (§ 26 Abs. 2 und 3 i.V.m. § 25 Abs. 2 SchiedsO).

Nachdem es nicht gelungen ist, im Rahmen der durchgeführten mündlichen Verhandlung am 13. März 1992 und der Vergleichsverhandlung am 7. April 1992 eine gütliche Einigung herbeizuführen, entscheidet die Bundesschiedskommission ohne weitere mündliche Verhandlung (§ 27 Abs. 2 Satz 2 SchiedsO), da der zugrundeliegende Sachverhalt, soweit er entscheidungserheblich ist, aufgeklärt ist und die Beteiligten ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme hatten.

2. Die Berufung der Antragsgegnerin ist nicht begründet.

Auch die Bundesschiedskommission ist der Auffassung, daß das Verhalten der Antragsgegnerin in Zusammenhang mit der Gründung der "Fraktion Soziale Demokraten" in E. und die Mitarbeit in dieser Fraktion als Sachkundige Bürgerin als ein erheblicher Verstoß gegen die Parteiordnung im Sinne des § 35 Abs. 1 OrgStatut anzusehen ist, der die schärfste zu Gebote stehende Sanktion, nämlich gemäß § 35 Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 3 OrgStatut den Parteiausschluß rechtfertigt, weil dadurch auch schwerer Schaden für die Partei entstanden ist und, bei Aufrechterhaltung dieses Zustandes, weiter entstehen würde.

Wie sich aus zahlreichen Entscheidungen der Bundesschiedskommission in der Vergangenheit ergibt, ist ein Fraktionsaustritt schon mehrfach als schwerwiegender Verstoß gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei gewertet und in der Mehrzahl der Fälle mit einem Parteiausschluß geahndet worden, weil in solcher Schritt in besonderer Weise geeignet ist, in der Öffentlichkeit das Bild einer völlig zerstrittenen Partei zu befestigen (vgl. Entscheidungen vom 5. März 1979, vom 4. Juni 1986 - 3/1986/P-, vom 11. Juni 1988 - 5/1988/P -, vom 31. Mai 1990 - 4/1990/P-).

Gleiches muß für die Zusammenarbeit mit einer anderen Fraktion im Rahmen der Verpflichtung als Sachkundige Bürgerin gelten.

Dieser Eindruck in der Öffentlichkeit wird erst recht verstärkt, wenn die Betroffenen in einem anderen Zusammenschluß - wie einer neu gegründeten Fraktion - innerhalb des Gemeindeparlaments nach außen hin wirken, zugleich aber unter Hinweis auf ihre Zugehörigkeit zur SPD ausdrücklich in Anspruch nehmen, "SPD-Politik zu machen", während in Veröffentlichungen und Äußerungen gegenüber der Presse die SPD-Fraktion, die Partei und einzelne ihrer Mitglieder kritisiert werden. In einem solchen Fall besteht die Gefahr, daß für Außenstehende nicht mehr erkennbar ist, welche Politik die SPD vor Ort tatsächlich vertritt und wer legitimiert ist, diese umzusetzen. Dies ist dem Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit im höchsten Maße abträglich und kann - unabhängig von der konkreten Situation, zumal die Bundesschiedskommission ohnehin nicht darüber urteilen kann, wer die "richtige" SPD-Kommunalpolitik in E. macht - nicht hingenommen werden. Dabei muß auch auf das Ansehen der Partei insgesamt und in der Region Rücksicht genommen werden. Würde es hingenommen, daß allorts ähnliche parteiinterne Konflikte in dieser Form gelöst würden, böte die Partei ein solches Bild der Zerrissenheit, daß ihre Funktionsfähigkeit und Wählbarkeit grundsätzlich in Frage gestellt würden.

Gleichwohl ist ein Parteiausschluß nicht absolut zwingende Folge eines Fraktionsaustritts; vielmehr

muß in jedem Einzelfall der Sachverhalt umfassend gewürdigt und abgewogen werden (vgl. Entscheidung vom 25. Januar 1990- 12/1989/P-). Diesen Anforderungen wird die Entscheidung der Bezirksschiedskommission durchaus gerecht. Insoweit kann zunächst zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen in vollem Umfang auf die Ausführungen der Bezirksschiedskommission verwiesen werden (S. 2, vorl. Absatz, bis S. 3 am Ende), die sich die Bundesschiedskommission zu eigen macht. Dabei ist festzustellen, daß schon die Bezirksschiedskommission - entgegen der Auffassung der Antragsgegnerin - durchaus zur Kenntnis genommen und bei ihrer Entscheidung auch berücksichtigt hat, welche Ereignisse auslösendes Moment für die Entwicklung der Streitigkeiten innerhalb der Partei in E. waren und letztlich zur Gründung der "Fraktion Soziale Demokraten" durch Mitglieder der SPD und ehemalige Mitglieder geführt haben. Wenn die Bezirksschiedskommission gleichwohl den Parteiausschluß für erforderlich erachtet und nicht zu einer milderen Ordnungsmaßnahme gegriffen hat, ist dies nicht zu beanstanden.

Auch wenn man daher in besonderer Weise den Umstand berücksichtigt, daß die Antragsgegnerin schon seit langen Jahren Mitglied der SPD war und sich in der Vergangenheit in besonderer Weise für die Partei eingesetzt hat, kann eine andere Entscheidung nicht getroffen werden. Im übrigen müßte gerade deswegen von ihr die Fähigkeit und Bereitschaft erwartet werden können, bei ihrer Entscheidung über das eigene Vorgehen die Gesamtinteressen der Partei mit in die Abwägung einzubeziehen.

Nach alledem verbleibt es bei der Entscheidung des Parteiausschlusses.

Dr. Diether Posser